

Vom Wunschtraum zum Alptraum!

Mit den geltenden Reglementen und Vertragsbedingungen des IOC (International Olympic Committee) ist es nicht mehr verantwortbar, Olympische Winterspiele in den Alpen durchzuführen. Die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sind so nicht mehr tragbar. Dem wirtschaftlichen Nutzen für wenige stehen hohe Schulden und gravierende Umweltbelastungen für die Allgemeinheit gegenüber. Nach den Erfahrungen von Turin 2006 und Vancouver 2010 weiss man um die nicht mehr benutzten Anlagen und die grosse Schuldenlast.

Die Bündner Promotoren einer Kandidatur für Olympische Winterspiele betonen wiederholt, dass sie vom Gigantismus weg wollen. Zur Zeit existiert nicht mehr als eine – natürlich positive – Machbarkeitsstudie. Erst nach gewonnener Bündner-Abstimmung am 3. März 2013 wird ein Vorprojekt lanciert, das dann die Hürden beim IOC nehmen muss: die Vorselektion und wenn genehm, die erlaubte Kandidatur. Und nach einer allfälligen Vergabe der Spiele nach Graubünden bleibt vieles für das IOC immer noch nicht verbindlich. Am Beispiel der Bewerbungsdossier «Davos 2010» und «Salzburg 2014» sowie «München 2018» ist bekannt, dass das IOC (siehe S. 4) nicht nur seine Host City-Verträge mit den Veranstaltern erst *nach* der willkürlichen Vergabe der Spiele abschliesst, sondern knallhart seine Rechte sichert. Alle Wunschvorstellungen, Beteuerungen und Versprechungen im Bewerbungsdossier werden sehr schnell zur Makulatur.

Winterolympiade in der Schweiz?

Die Olympischen Winterspiele in den Grossstädten Salt Lake City, Turin und Vancouver zeigen, dass Winterspiele nicht isoliert in St. Moritz und Davos ausgetragen werden können. Die einzige bestehende Anlage, die in der Schweiz für die Winterolympiade in Graubünden ohne Ausbau genutzt werden kann, ist der Flughafen Kloten. St. Moritz und Davos müssen alle erforderlichen Indoor-Anlagen, Beherbergung und Logistik neu bauen. Die Forderung des IOC, dass die ebenfalls neu zu bauenden Outdoor-Anlagen, das olympische Dorf und die 5-Sterne-Hotels für die IOC-Mitglieder innerhalb einer Stunde und mit maximal 100 km gesichert zu erreichen sind, ist in der Schweiz nicht zu erfüllen.

Die geplante Olympia-Pleite

Die hohen wirtschaftlichen Erwartungen im Vorfeld von Olympiaden werden nie eintreten. Nach den Erfahrungen von Turin 2006 und Vancouver 2010 weiss man um die nicht mehr benutzten Anlagen und die hohen Schulden für die Allgemeinheit (siehe S. 5). Die Entwicklung der Olympischen Winterspiele ist auf der Kostenseite explodiert (siehe Graphik S. 2). Der Aufwand für Zeremonien, Infrastrukturen, Beherbergung, Zuschauerführung und Medienbedürfnisse ist gigantisch. Um von diesem Gigantismus wegzukommen, müsste das IOC seine Vertragsgestaltung gegenüber den Ausrichtern radikal verändern.

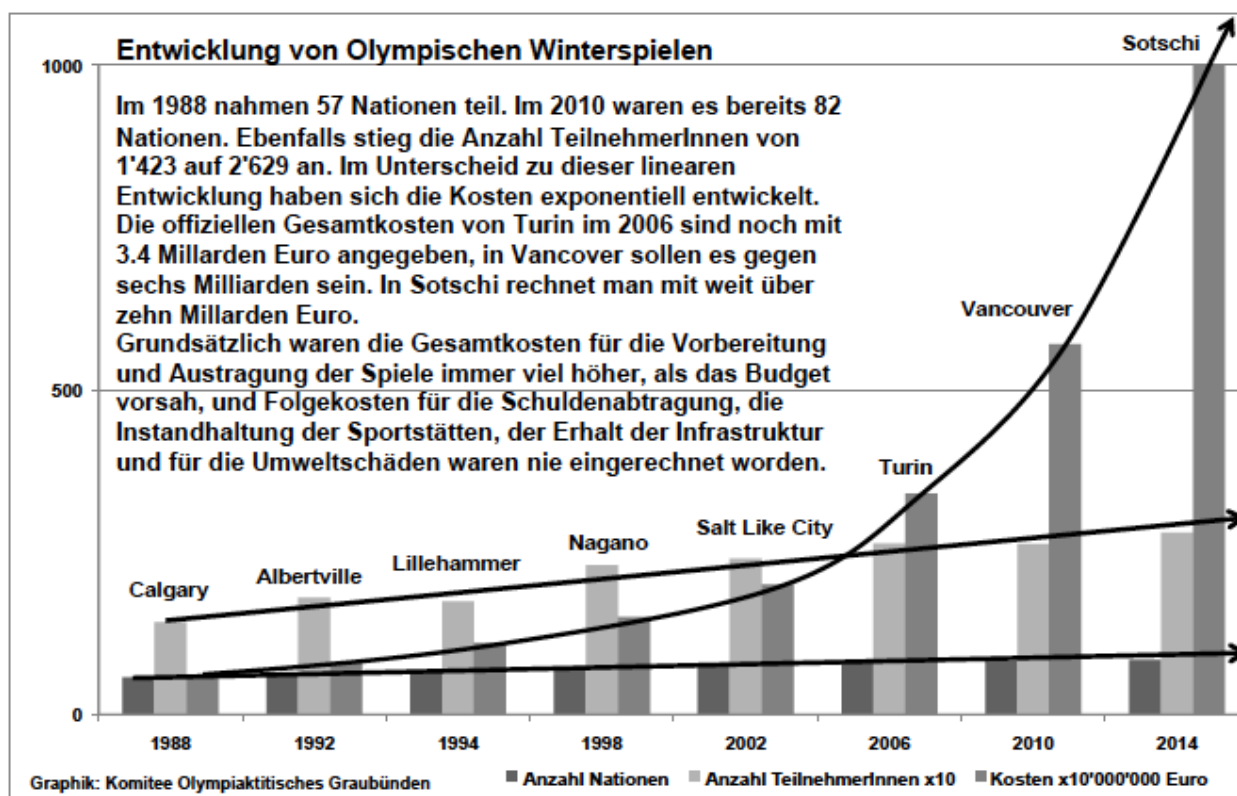
Das Kandidatordossier ist für das IOC nicht verbindlich

Bei einer Kandidatur zu Olympischen Winterspielen sollte das Bewerbungsdossier für Bund, Kanton und Ausrichterorte behördenverbindlich vorliegen. Dieses Dossier müsste ebenfalls für die Veranstalter, der Swiss Olympic und dem IOC, vor und nach der Vergabe verbindlich sein. Auch durch Dritte wie Sponsoren und Medienunternehmen darf es nicht mehr verändert werden. Alle Aufwendungen der öffentlichen Hand müssten im Dossier abschliessend aufgelistet sein. Nach bewilligten Krediten durch Bund, Kanton und Ausrichterorte, darf keine weitere öffentliche Nachfinanzierung für die Olympischen Winterspiele erfolgen. Es braucht verbindliche Zusagen des IOC, dass an der Kandidatur, die dem Volk vorgelegt wird, nichts mehr verändert wird und die wird es bei der Abstimmung am 3. März 2013 nicht geben.

Argumentarium gegen Olympischen Winterspiele «Graubünden 2022»

Die Kosten wachsen gigantisch

Die Initianten der Olympischen Winterspiele versprechen völlig neue Winterspiele: nachhaltige Spiele ohne Gigantismus. Die Spiele sollten wieder zurück in die Alpen, neue Infrastrukturen sollen nicht entstehen. Alles was nicht wieder verwendbar ist, soll nur als Provisorium aufgestellt werden. Der Bundesrat betont, die Infrastrukturen müssten sich an die Gegebenheiten in den Alpen richten. Das wäre wirklich eine radikale Umkehr bei den Olympischen Winterspielen, die in den letzten Jahrzehnten von Mal zu Mal gewachsen sind. Nur, wer ist schon an kleineren, also nicht gigantischen Spielen interessiert, wo doch soviel Geld bei Olympischen Spielen zu verdienen ist. Kleinere Spiele kann es ausserdem gar nicht geben, denn die Anzahl Disziplinen ist vorgegeben, die Anzahl Sportler, Medienleute, Sponsoren und Gäste ist in den letzten Jahren stets gewachsen (siehe Graphik). Der heutige riesige Begleittross mit mehr als 10'000 Medienschaffenden und 20'000 Volontaris sowie die IOC-Mitglieder und dessen grosses Umfeld nahm drastisch zu und kann nicht mehr beziffert werden. Wie soll die kleine Schweiz hier eine Umkehr schaffen, die das mächtige IOC auch akzeptiert?



Graphik: Stefan Grass © Komitee Olympiakritisches Graubünden

Die Umwelt wird immer gravierend belastet

Die Alpen als eine der sensiblen Ökoregionen weltweit werden schon heute extrem übernutzt: Infrastrukturen für den Verkehr, die Zweitwohnungen und touristische Anlagen müssen heute dringend in nachhaltige Bahnen gelenkt werden. Olympische Winterspiele, eine Grossveranstaltung, die auf wenige Tage ausgerichtet ist, wird das Gegenteil auslösen. Spekulation wird zunehmen, die Forderungen nach einem weiteren Ausbau der touristischen Infrastruktur ebenfalls. Die Spiele konzentrieren sich auf die Region St. Moritz und Davos, also auch auf ein BLN-Gebiet, Smaragd-Gebiet, Moore von nationaler Bedeutung. Bei einem internationalen Anlass unterstehen national geschützte Landschaften und Biotope der Interessensabwägung, was bereits bei der Ski-WM an die Grenzen gestossen ist.

Argumentarium gegen Olympischen Winterspiele «Graubünden 2022»

Das IOC will weisse Spiele

Was heisst denn «weisse» Spiele? Schneesicher sind auch die Alpen längstens nicht. Neben den Kunstschneepisten lässt sich die Landschaft für winterliche TV-Bilder nicht auch noch künstlich beschneien. Auch die Langlaufpisten im Engadin sind schon als weisse Streifen in der Landschaft mit herbeitransportiertem Schnee schneesicher gemacht worden. Für Olympische Winterspielen bedeutet das: Schneekanonen für die Skipisten und Langlaufloipen, Kilometerlange Leitungen ziehen, Wasser aus den Flüssen holen und grosse Speicherseen bauen. Weisse Spiele sind keine grünen Spiele. Die für Winterspiele benötigten Infrastrukturen, wie das olympische Dorf, Verkehrsanlagen, Stadien, Pisten, Loipen, Sprungschanzen und vieles mehr müssten völlig neu gebaut werden. Weder die Ski-WM-Pisten noch die Bobbahn in St. Moritz genügen den Auflagen des IOC (siehe Vancouver 2010, S.5). Dazu kommen grosse Belastungen durch Lärm, Luftverschmutzung, Staus und überfüllte Züge. Die Eingriffe in die hochsensible alpine Landschaft Graubündens wären enorm, auch wenn Olympia-Promotoren jedesmal versprechen, dass in erster Linie bestehende Infrastrukturen und Sportanlagen genutzt werden.

Kein verbindliches Kandidaturdossier für «Graubünden 2022»

Am 3.3.2013 liegt dem Bündner Volk nur eine Machbarkeitsstudie vor. Diese Grobplanung wird mit den Ausrichterorten und den Bündner Behörden sowie verschiedenen Fachbüros abgeklärt. Vermutlich wird es zeitlich nicht reichen, die geplanten Bauten im Richtplan behördenverbindlich festzuhalten. Es ist davon auszugehen, dass erst im anschliessenden Vorprojekt diese Grobplanung in den Details weiterverfolgt wird. Diese rollende Planung bis zum Kandidaturdossier, dem sog. Bid Book, das gegenüber dem IOC verbindlich sein wird, ist umgekehrt für das IOC für die Host City-Verträge nicht verbindlich.

Die im Rahmen der Schweizerischen Umweltschutzgesetze erforderlichen Baubewilligungsverfahren – nach dem Abschliessen der Verträge mit dem IOC und der Übernahme dessen Reglemente (siehe IOC, S. 4) – werden ab 2015 zur Realisierung der Olympischen Winterspiele bis 2022 langwierige und schwierige, auch gerichtliche Auseinandersetzungen zur Folge haben.

Die zugesicherten Defizitgarantie des Bundesrates von maximal einer Milliarde Franken und die 300 Millionen Franken für Sicherheit und Infrastrukturbeteiligung des Kantons Graubünden aus dessen Vermögen, *ausdrücklich nicht als Defizitgarantie*, wird das effektive Defizit der öffentlichen Hand nach den Winterspielen nie abdecken.

Der Ausstieg vom Einstieg

Einhellig sagen Bundesrat, Bündner Regierung und Olympiapromotoren, wenn in Davos oder in St. Moritz oder im Kanton Graubünden die Mehrheit der Stimmbevölkerung die Spiele ablehnt, wird der Stecker gezogen! Das ist das beste Szenario mit dem definitiv kleinsten Schaden.

Regierungsrat Hansjörg Trachsel in der Südostschweiz am 11.10.2012:

«Auch wenn der Kanton Graubünden beziehungsweise St. Moritz und Davos eine Olympiade theoretisch ohne vorherige Volksabstimmung durchführen könnten, ist das politisch undenkbar. Ohne die Zustimmung der Host City können Sie keine Olympischen Spiele durchführen! Dann müssten wir unsere Aktivitäten sofort stoppen.»

Mit welchen finanziellen Konsequenzen?

«Dann hätten die bisher im Verein Winterspiele Graubünden zusammengeschlossenen Partner total fünf Millionen Franken ausgegeben. Von diesen fünf Millionen Franken müssten der Kanton Graubünden sowie St. Moritz und Davos einen Drittel übernehmen, genauso wie der Bund und Swiss Olympics.»

Argumentarium gegen Olympischen Winterspiele «Graubünden 2022»

The winner takes it all. And the winner is: The IOC

1980 bis 2001 dominierte, regierte und veränderte Juan Antonio Samaranch als Präsident das IOC radikal. In dieser Zeit wurde der Amateurstatus abgeschafft, begann der Verkauf der Olympischen Spiele an Fernsehsender und Sponsoren und ihre Umwandlung in eine Geldmaschine. Die Olympischen Spiele wurden zu einer professionellen kommerziellen Veranstaltung mit dem vornehmlichen Ziel, Geld zu machen (Quelle: NOlympia.de -> IOC).

Seit 1915 hat das IOC seinen Sitz in Lausanne und ist ein nach Schweizer Recht eingetragener Privatverein. Das IOC verfügt über die Olympischen Spiele und ist «Eigentümer» der olympischen Symbole und der Spiele. In der Olympischen Charta sind keine grossen ethischen oder sportphilosophischen Abhandlungen zu finden, im Gegenteil: In ihr und in dem Host City Contract mit den Gastgeberorten sind die Geschäftsbedingungen für die Vergabe der Olympischen Sommer- oder Winterspiele geregelt – und zwar genauestens. Denn es geht um Geld, und zwar um immer mehr Geld. Wie der Fussball-Weltverband FIFA im Fall der WM zwingt das IOC jeder Regierung, die Olympische Spiele ausrichten möchte, Steuerbefreiung ab. Denn dieser Privatverein nach Schweizer Recht ist de facto ein globaler Konzern, verhandelt mit Staaten und Organisationen wie den UN und besitzt fast diplomatischen Status, unbehelligt von Strafgesetzen oder internationalen Konventionen.

Das Zauberwort «Olympische Spiele» veranlasst Staaten und potentielle Ausrichterorte dazu, bereits im Vorfeld auf alle Bedingungen des IOC einzugehen, obwohl die Geschäftsgebaren des IOC als sehr umstritten gelten. Das IOC nutzt die Willigkeit der Bewerber um die Ausrichtung der Spiele, um Bedingungen zu diktieren, die Geschäftspartner im normalen Geschäftsleben weder fordern noch akzeptieren würden. Die Bewerberstädte geben ihre Unterschrift praktisch als Rechtsvorgänger des Organisationskomitees der Olympischen Spiele (OCOG) ab, obwohl ihnen *keinerlei Einflussnahme* eingeräumt wird. Das OCOG plant, finanziert und führt die eigentlichen Spiele durch. Dazu gehören die Organisationskosten und die Kosten für temporäre Einrichtungen. Zum OCOG Budget gehören die Einnahmen aus Fernsehrechten, Marketingrechten, Lotterie- und Münzprogrammen sowie Zuwendungen des IOC. Das gesamte Restrisiko wird von Bund, Land und Ausrichterorten getragen. Alle permanenten Einrichtungen, wie die Infrastrukturen und alles was verbleibt und nicht gleich wieder abgebaut wird, muss von den Ausrichterorten finanziert werden.

Die Entwürfe der Verträge des IOC mit den Bewerberorten wurde von den Juristen des Landes Salzburg bei ihrer Beurteilung des Host City Vertrages von Salzburg (Bewerbung 2014) als *sittenwidrige Knebelungsverträge* bezeichnet ([Axel Doering, GÖF](#)). Es liegt im alleinigen Ermessen des IOC, welchen Teil des Reinertrages aus dem Marketingprogramm und dem Verkauf der Senderechte (= wesentliche Einnahmequellen!) es dem OCOG überlässt. Das IOC hat die Möglichkeit, bei Nichteinhaltung von Verpflichtungen des OCOG nach alleinigem Ermessen Zahlungen bis zu 25 % zurückzuhalten. Das IOC behält sich einseitige (inhaltlich völlig undefinierte und dem OCOG derzeit noch unbekannte) Änderungen seiner technischen Leitfäden, Handbücher und anderer Vorgaben vor und zwingt u.a. das OCOG, sich an diese Änderungen anzupassen. Das OCOG darf Kapazität, Inhalte, Lage, Struktur, Konstruktion der laut Bewerbung vorgeschlagenen Austragungsstätten bzw. des Olympischen Dorfes ohne IOC-Zustimmung nicht ändern. Dieser Punkt berührt massiv die Bauhoheit der Kommunen, da die Planungen der Bewerbung verbindlich sind, bevor sie von den Bauämtern und Bauausschüssen überhaupt behandelt werden. Das heisst das Kandidatordossier ist für die Behörden gegenüber dem IOC verbindlich, bevor der Kantonale Richtplan nachgeführt und bewilligt ist sowie die für die Olympiabauten ordentliche Baubewilligungsverfahren in Graubünden durchgeführt werden.

Argumentarium gegen Olympischen Winterspiele «Graubünden 2022»

Wunsch und Wirklichkeit im Vergleich zwischen der Kandidatur Davos 2010 und den Olympischen Winterspielen in Vancouver 2010

Schon die Kandidatur für Davos 2010 war mit 1.2 Milliarden Franken und geplanten 1.1. Milliarden für Verkehrsinfrastrukturen auch nicht gigantisch. Gigantisch waren die Kosten in Vancouver bei den effektiven Spielen (Quelle: www.nolympia.de/vancouver):

Die Olympischen Winterspiele sollten gemäss der Kandidatur Vancouver 2010 zwei Milliarden Dollar kosten und 51 Millionen kanadische Dollar Gewinn bringen. Dazu sind in alter IOC-Tradition die gesamte Infrastruktur und die Kosten für Sicherheit (sie stiegen von anfangs 117 Millionen Dollar auf 712 Millionen Dollar) nicht enthalten – genau wie in der Davoser Bewerbung. Die offiziellen Gesamtkosten liegen bei sieben bis acht Milliarden kanadischer Dollar (ca. 6 Milliarden €). Jetzt kommt der nacholympische Alltag. Jetzt kommt der Zahltag. Sechs Milliarden kanadische Dollar wurden in die Winterspiele und die Infrastruktur investiert: Kapital, das nun für wichtige Aufgaben fehlt. Als erstes wurden in Vancouver die Kultur-Subventionen um 90 Prozent gekürzt. Das Defizit beträgt nach Auskunft des Finanzministers von British Columbia 925 Millionen kanadische Dollar (rund 713 Mill. €), die die Stadt über Jahrzehnte zurückbezahlen muss – 17 Jahre Schuldendienst für 17 Feier-Tage.

80 teilnehmende Nationen, 2632 Sportler und 86 Wettbewerbe machten die Olympischen Spiele 2010 wie üblich noch grösser als die vorangegangenen in Turin 2006. Im 125 Kilometer von Vancouver entfernten Whistler wurden alpine und nordische Ski Wettbewerbe ausgetragen, Bob-, Rodel- und Skeletonanlagen wurden neu gebaut. Die Sprungschanzen in Whistler für die Olympischen Winterspiele in Vancouver 2010 wurden zuerst in den Berg gesprengt: Anfang 2011 wurden sie schon wieder abgerissen und existieren nicht mehr.

Das Olympische Motto „Citius, altius, fortius“ (schneller, höher, stärker) hatte auch das Risiko steigen lassen: Der Eiskanal von Whistler (Baukosten 75 Millionen Euro) wurde bewusst riskanter als seine Vorgänger angelegt. Mit 20 Prozent Gefälle wurden 150 km/h erreicht. Das forderte seinen Preis: Bei den Probelaufen starb ein georgischer Rennrodler im Bobkanal. Als weitere Bobfahrer verunglückten und sich verletzten, fragten sich betroffene Journalisten während der Fernsehübertragungen, ob diese Olympischen Winterspiele noch den ethischen Grundsätzen genügen. Auch bei den Alpin-Wettkämpfen kam es zu schweren Stürzen. Wegen der hohen Geschwindigkeiten wurden Schneisen von mehr als 100 Meter Breite in den Bergwald geschlagen, um bei Unfällen genügend Sturz- und Auslaufdistancen zu schaffen. Für diese zweieinhalb Stunden Spektakel wurden tausende Bäume gefällt. Ob die Strecke jemals wieder genutzt wird, ist nicht bekannt. «White Elephants» nennt man ungenutzte Olympische Bauten, von denen es an allen bisherigen Austragungsorten mehr als genug gibt.

Die Sportler wohnten während der Spiele «ökologisch nachhaltig» im Olympischen Dorf, dessen Wohnungen nach den Spielen verkauft werden. Die Baufirma des Olympischen Dorfes ist pleite. Statt dem günstigen Wohnraum, der ursprünglich geplant war, entstanden hier Luxusimmobilien. Die zuvor schon hohen Mieten und Immobilienpreise stiegen noch weiter. Die Olympischen Aufträge gingen zum grössten Teil an in- und ausländische Grosskonzerne: Olympische Gewinner sind nebst dem IOC immer Immobilienfirmen und Banken. Für die Fernsehrechte im kanadischen Vancouver wurden von den Sendern in Amerika und Europa über eine Milliarde Dollar bezahlt; davon geht ein grosser Teil an das IOC. Steuerfrei, versteht sich.

Argumentarium gegen Olympischen Winterspiele «Graubünden 2022»

Olympische Spiele sind Schuldenfallen!

Die Bündner Umweltorganisationen stellen sich geschlossen gegen Olympische Winterspiele in Graubünden. Aus den Erfahrungen der vergangenen Winterolympiaden warnen sie nicht nur vor der Umweltzerstörung, sondern auch vor einem drohenden finanziellen Desaster.

Die kantonale und die kommunalen Abstimmungen sind ein Plebiszit für oder gegen Winterolympiaden. Feuer für Olympische Winterspiele haben die Bündnerinnen und Bündner bis heute nicht gefangen, bereits die letzten Male nicht und auch jetzt nicht. Für die Werbung wäre eine Kandidatur noch gut, sagen viele, dafür braucht es aber keine teure Kandidatur und das Risiko die Spiele durchführen zu müssen. Die Gewinne für wenige, die Schulden für viele, das ist heute politisch sehr populär. Ausserdem, wieso sollten alle Bündner und Bündnerinnen soviel Geld für St. Moritz und Davos aufbringen, die ja sowieso schon genug haben. Graubünden braucht auch keine Entwicklungshilfe bei den touristischen Infrastrukturen. Die Hoteliers sind auch nicht begeistert. Der riesige Olympiatross kommt genau dann, wenn die Hotels und Anlagen sowieso schon sehr gut ausgelastet sind. Treue Gäste werden hier verdrängt. Die Spekulation bei den Wohnungen wird weiter angeheizt, obwohl viele St. Moritzer und Davoser sich schon heute keine Wohnung leisten können.

Die wirtschaftlichen Erwartungen sind erfahrungsgemäss im Vorfeld von Olympiaden so hoch, dass sie nicht erfüllt werden können. Dies bestätigen Untersuchungen in Lillehammer, Calgary und Albertville: Die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen beschränken sich auf die Phase kurz vor, während, und kurz nach der Durchführung der Winterolympiade. Die langfristigen positiven Auswirkungen auf Arbeitsplatzstruktur und Gesellschaft sind in den Austragungsorten und der Region gering (vgl. Studien von Jürg Stettler und Jon Teigland).

Fazit: Olympische Winterspiele sind nicht nachhaltig. Dem langfristig geringen wirtschaftlichen Nutzen steht eine hohe Schuldenlast für die öffentliche Hand und eine schwerwiegende ökologische Belastung gegenüber.

Das im Jahr 2000 gegründete Komitee Olympiakritisches Graubünden wird von der Vereinigung Bündner Umweltorganisationen getragen und wird in seinem Widerstand gegen Graubünden 2022 schweizweit durch die nationalen Umweltorganisationen unterstützt. Seit dem Widerstand gegen die Olympiakandidaturen Davos 2010 und Zürich/Graubünden 2014 ist klar, dass die Umweltschutzorganisationen keinen Einsitz in Trägerschaften nehmen und nicht mitarbeiten werden.

Positionen und Studien zu Auswirkungen von Winterolympiaden:

CIPRA International:	Position der CIPRA zu Wintersport-Grossveranstaltungen (1998)
WWF Schweiz:	Positionspapier zur Herausforderung Grossveranstaltungen (28.3.2001)
SAC Schweiz:	Position des Schweizer Alpen-Club SAC (21.8.2002/22.05.2012)
VCS Schweiz:	Position zu Grossveranstaltungen des Verkehrs-Club der Schweiz (24.8.2002)
Jürg Stettler:	Studie Ökonomische Auswirkungen von Sportanlässen (14.7.2000) Gesamtstudie und Kurzfassung
Jon Teigland:	Studie Mega-Events und ihre Wirkung auf den Tourismus (1999) auf deutsch übersetzt
Alles zum Herunterladen hier: www.umwelt-graubuenden.ch/olympiaden.html	
Dokumentation der Gesellschaft für ökologische Forschung, München: www.NOlympia.de	